



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Meisner, H.O.: Die deutsche Revolution

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die deutsche Revolution

Von Dr. H. O. Meisner



er bürgerlichen Revolution ist die proletarische auf dem Fuße gefolgt. Hatte jene das monarchische Prinzip durch das parlamentarische ersetzt, so läßt diese mit einem gewaltigen Sprunge das Ziel der „neuen Ära“ vom 30. September hinter sich, um womöglich sogleich das Neuland des sozialistischen Zukunftsstaates zu erreichen. Und das zweitemal dringt die revolutionäre Welle, durch die allenthalben emporstehenden Arbeiter- und Soldatenräte, tief hinein in die Organisation der staatlichen Macht und Verwaltung, eine Aufgabe, die in so kurzer Zeit zu erfüllen nur unter Anwendung radikalster Mittel — nicht mit den zahmen Methoden der Bourgeoisie — möglich war.

Die Revolution vom 9. November ist eine vollzogene Tatsache. Es fehlt uns heute die Ruhe und der Abstand von den Dingen, um die Frage nach dem Warum und dem Wie befriedigend zu beantworten. Auch bleibt jetzt keine Zeit, den Blick nach rückwärts zu richten, da brennende Gegenwartsprobleme den ganzen Menschen verlangen. Worauf es ankommt ist das, sich ein klares Bild von den herrschenden Zuständen zu machen und in den Vordergrund zu rücken, was die *conditio sine qua non* der ferneren Entwicklung darstellt.

Nach dem Grundsatz: dem Sieger die Beute, teilen sich die alte Sozialdemokratie und die U. S. in die Regierung, während die Bürgerlichen leer ausgingen. Obwohl dadurch wertvolle Kräfte brachgelegt sind, was auch die Mehrheitssozialisten erkannten, und deshalb ursprünglich verhindern wollten, muß kühle Besonnenheit anerkennen, daß es zunächst wichtiger war, die Bildung einer unabhängigen Opposition zu verhüten, weil sonst die Aufrichtung der neuen Ordnung überhaupt gefährdet wurde. Die Umrisse dieser neuen Ordnung tauchten überraschend schnell aus den Novembernebeln der Revolutionstage auf. Nach dem Muster der Sowjets — wie einst England für die liberalen Verfassungen, so ist jetzt Rußland für die sozialistischen das geheiligte Vorbild — sind bekanntlich auch bei uns Arbeiter- und Soldatenräte begründet worden, jene Sturmvögel revolutionärer Umwälzungen nach verlorenen Kriegen des zwanzigsten Jahrhunderts.

Indem die Genossen der einzelnen Betriebe, Kasernen und Lazarette sich zu Wahlkörpern zusammenschlossen, schafften diese Organisationen in ebenso primitiver wie konsequenter Weise dem sozialistischen Proletariat die Handhabe, um die Diktatur seiner Klasse mit einem Schlage durchzusetzen. Denn dadurch, daß über das ganze Land hin die A.- und S.-R. gleichsam aus dem Boden wachsen, wird die politische Macht des alten Regimes nicht nur an der Zentralsstelle, sondern in allen ihren lokalen Verästelungen lahm gelegt. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind also zunächst nichts weiter, als Hilfskonstruktionen der Revolution, die ihre Macht sichern sollen, Träger und Stützen der sozialistischen Befehlsgewalt, gleichsam dezentralisierte Symbole der Volkssouveränität, das „Volk“ als Proletariat gefaßt. In den Kreisen der Mehrheitler wird auf diese Eigenschaft der Nachdruck gelegt; so schreiben die „Sozialistischen Monatshefte“: „Die Räte sind ein Notbehelf für die Übergangszeit, die Konstituante im Reich, im Staat und in der Gemeinde ist das Endziel.“ Auf Seiten der Unabhängigen, vor allem der intransigenten Spartakusgruppe (Liebknecht), denkt man über die Lebensdauer der Institution wesentlich anders, hier ist die Errichtung eines Reichs-Arbeiter- und Soldatenrates als endgültiger Regierungsbehörde bereits angekündigt worden.¹⁾

¹⁾ Vgl. Punkt 6 des Programms der Spartakusleute in der ephemeren „Roten Fahne“ vom 10. November 1918.

Vorderhand kennt niemand die Länge der „Übergangszeit“, und so nehmen die neuen Bildungen von Tag zu Tag festere Gestalt an. Der am 9. November provisorisch, tags darauf in seiner eigentlichen Form ins Leben getretene Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrat hat „bis zum Zusammentritt sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands“²⁾ die Führung der Geschäfte übernommen und als eigentliches Regierungsorgan aus seinem Schoße einen 28gliedrigen sogenannten „Vollzugsrat“ gewählt, der zurzeit die höchste Gewalt im Reiche darstellt. Vom Vollzugsrat ist das 6gliedrige „politische Kabinett“ für Preußen mit der paritätischen Spitze: Hirsch—Ströbel am 11. November ernannt worden, zum Teil aus eigenen Mitgliedern (Ströbel, Braun). Es geschah damit also das staatsrechtliche — wenn dieser Begriff in revolutionären Zeiten erlaubt ist — Kuriosum, daß die Regierung eines Gebietes von 40 Millionen Einwohnern einem lokalen Wahlkörper ihren Ursprung verdankt, ohne daß auch nur die sozialistischen Elemente außerhalb Berlins gehört worden wären. Die gleiche Erscheinung, sogar in noch krasserer Form, begegnet uns bei der Konstituierung der neuen Reichsleitung. Denn der „Rat der Volksbeauftragten“, der die Portefeuilles des Gesamtstaats unter sich verteilte, und dessen einer Führer sich „Reichskanzler“ nennt, verdankt seine Existenz nichts anderem als höchstens einer „Wahl“ wiederum jenes Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrates, wenn man dessen Affkamation vom Sonntag angesichts der vollzogenen Einigung beider sozialistischer Gruppen und des „fait accompli“ der Ministerliste noch so nennen darf. Diese napoleonischen Methoden der Volkswillensbestimmung sind ebenso ansehnlich, wie die Herkunft der Wahlkörper selbst, läßt sich doch „irgend ein geordnetes Wahlverfahren für die Räte, das Gewähr für gleichmäßige Vertretung aller Meinungen gibt“, nach der bereits erwähnten sozialistischen Korrespondenz „weder schaffen noch auch nur ausdenken“.

Um so eindringlicher muß der provisorische Charakter der ganzen Räte-regierung betont werden, da es auf „gleichmäßige Vertretung aller Meinungen“ nicht nur im Proletariat, sondern im ganzen Volke ankommt und, wie die Dinge liegen, wichtige und wertvolle Schichten dieses Volkes zwar nicht mehr in Wort und Schrift, um so stärker aber in ihrer politischen Handlungsfähigkeit ausgeschaltet sind. Die Räte sind, nach einem glücklichem Worte aus sozialistischem Munde, Kampforganisationen, nicht dauernde Verwaltungseinrichtungen und „das beste Kriegsschiff ist der schlechteste Handelsdampfer“. Die entscheidende Frage der Zukunft lautet: gehen wir den russischen Weg weiter, um im Chaos und Elend aller Volksteile zu enden, oder gelingt es, den gefunden Elementen unserer Sozialdemokratie, die sozialistisch-proletarische Revolution in die Bahnen der echten, alle Volksgenossen umfassenden Demokratie überzuleiten und so durch kluges Nachgeben im einzelnen die Gefahr zu vermeiden, daß die Errungenschaften des 9. November im ganzen aufs Spiel gesetzt werden. Und da ist heute gar kein Zweifel: die Stimme der Mäßigung wird weithin im Lager der Partei gehört; man will nicht in den Fehler des alten Regimes verfallen, indem der Zustand einer Minderheitsherrschaft länger als unbedingt nötig aufrecht erhalten wird. Redlich und mit unbesleckten Händen will man die im Sturm der Ereignisse erlangte konstituierende Gewalt an ihren wahren Verweiser, die großdeutsche Nationalversammlung des gleichen Wahlrechts zurückgeben, wenn die Stunde gekommen ist. Denn man fühlt: noch ist der stolze Titel von „Volksbeauftragten“ ein Vorschußlorbeer, und eine Partei, die erst vor wenigen Wochen mit dem ancien régime um eine Regierung des wahren Volksvertrauens gerungen hat, würde ihre eigene Vergangenheit Lügen strafen, wenn sie jetzt die Gelegenheit zur Befundung dieses Vertrauens unmöglich machte.

In diesen Gedanken sind sich sämtliche sozialistischen Regierungen im Reich und den Bundesstaaten einig mit der gemäßigten Parteipresse und sie beherrschen ebenso die Stimmung der selbstgrauen Revolutionäre, wie jeder be-

²⁾ „Frankfurter Zeitung“ vom 11. November abends.

zeugen wird, der mit den Soldatenräten Fühlung hat. Unsere Bolschewisten dagegen fordern die brutale Diktatur des Proletariats. Diese stellt nicht nur eine andere Regierungsform, sondern einen anderen Staat dar, nämlich den proletarischen, der eine Maschine zur Unterdrückung der Bourgeoisie sein soll. So hat es Wladimir Lenin vor einigen Wochen ausgedrückt in einem leidenschaftlichen Artikel gegen den „Renegaten“ Kautsky, der es in seiner gleichnamigen Wiener Broschüre wagte, das Evangelium von der „Diktatur des Proletariats“ anzuzweifeln und eine ehelich demokratische Organisation der Gesellschaft zu fordern.

Kautsky, der gebürtige Tscheche und künftige Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt Hugo Haase, rechnet sich zu den Unabhängigen. Er wird mit seinen besonnenen Lehren in ihrem Lager wenig Gegenliebe finden, ist man hier doch sehr unzufrieden mit der „launen“ Haltung der Truppen³⁾ und nicht abgeneigt, die Frage der Konstituante sagen wir einmal — dilatorisch zu behandeln. Namentlich die Spartakusleute zeichneten sich von vornherein durch anarchistische Gewaltmethoden und Pöbelversuche sehr unrühmlich aus. In der „Roten Fahne“, zu der sie unter Anwendung des Terrors einen Tag lang den „Berliner Lokal-Anzeiger“ umwandeln konnten, wurde in äußerst gehässiger Tone zum Widerstand gegen die Anordnungen Eberts, des „vom gestürzten Kaiser neugeborenen Reichskanzlers“, aufgefordert. Vier Jahre lang, so heißt es dort, haben die Scheidemänner, die Regierungssozialisten auch durch die Schrecken eines Krieges gesagt, haben sie euch gesagt, man müsse das „Vaterland“ verteidigen, wo es sich nur um die nackten Raubinteressen des Imperialismus handelte. Jetzt, da der deutsche Imperialismus zusammenbricht, suchen sie für die Bourgeoisie zu retten, was noch zu retten ist und suchen die revolutionäre Energie der Massen zu ersticken. Der Aufruf schließt mit den Worten: Es darf kein „Scheidemann“ mehr in der Regierung sitzen; es darf kein Sozialist in die Regierung eintreten, solange ein Regierungssozialist noch in ihr sitzt. Es gibt keine Gemeinschaft mit denen, die euch vier Jahre lang verraten haben.

Gewinne dieser Geist die Oberhand, so wären die Folgen unabsehbar. Aber wie gesagt, augenblicklich ist das nicht zu besorgen. Der Organismus der Arbeiter- und Soldatenräte scheint gesund genug, um Krankheits- und Giftstoffe solcher Art auszuscheiden oder wenigstens unschädlich zu machen. Wie man in der Zirkus Busch-Sitzung vom Sonntag sich das Unrecht einer ultraradikalen Zusammenfassung des Aktionskomitees nicht bieten ließ,⁴⁾ sondern auf seinen paritätischen Aufbau bestand, so scheint auch innerhalb der Einzelorganisationen das Regiment der demagogischen Pöbel und Nichtsalsagitatoren ein schnelles Ende gefunden zu haben. In einer bekannten militärischen Behörde Berlins zum Beispiel, die nahe dem Lehrter Bahnhof ihr Amtszimmer hat, konnte sich im Drunter und Drüber des Anfangs ein junger Mensch als Gewalthaber aufspielen, und zwar angeblich legitimiert durch den Arbeiter- und Soldatenrat, der nichts weiter war, als ein gemeiner Betrüger, und der, als ihm der Boden unter den Füßen zu heiß wurde, mit Unterschlagungen das Feld seiner „Tätigkeit“ räumte. Solche Erfahrungen müssen ernüchternd und belehrend auf die allzu vertrauensselige breite Masse wirken und haben es entschieden auch getan.

Wir können also hoffen, daß der gegenwärtige Ausnahmezustand in nicht zu ferner Zeit wieder normalen Verhältnissen Platz macht, daß die in Verwirrung geratenen Begriffe: „Gesetz“, „Volksvertretung“, „Recht“ usw. von der legitimen Konstituante des deutschen Gesamtvolkes in jene neuen Formen gebracht werden, welche die veränderte Zeit erfordert.

Die baldige Einberufung der Nationalversammlung muß das ceterum censeo jedes wahren Volksfreundes sein. Ertönt der Ruf zu den Wahlen, so ist es heiligste Pflicht jedes mündigen Deutschen, zu seinem Teile mitzuwirken und nicht verärgert oder apathisch beiseite zu stehen, wie es leider bisher unter den

³⁾ „Berliner Tageblatt“ Nr. 584.

⁴⁾ Vgl. „Vorwärts“ vom 11. November.

sogenannten besseren Schichten der Fall war und bei ihrem weiblichen Teile künftig der Fall zu sein droht. Lade keiner durch Säumnis die Schuld an der Verfälschung der eigenen Zukunft auf sich! Bis zu jenem Momente aber sollten wir alle einmütig hinter dem Ordnung und Gerechtigkeit liebenden Teile der Sozialdemokratie stehen, und ihre Bemühungen, aus der unglücklichen Vergangenheit eine glücklichere Zukunft heraufzuführen, mit allen Kräften unterstützen.

Helft diesen neuen Meistern, so bannt ihr gute Geister!



Glimmerkunst

Aus der Mappe des Emeritus Adrian Guggengeigiger

I.

Herrn Albert Ulrik Brendel.

Mein lieber Albert!



Seit langer Zeit schwebt mir ein Film vor, der sich mir immer deutlicher gestaltet. Ich werde ihn durchdichten und inszenieren. Des Bombenerfolges bin ich sicher. Alle Geschehnisse ranken sich um eine bedeutende Persönlichkeit. Nur Du mit Deiner reifen und feinen Kunst kannst sie verkörpern. Ich rufe Dich!

Es ist eine einfache Geschichte. Ganz aus dem Leben gegriffen. Alles in geraden Linien. Zum greifen wahr und echt.

Hör an!

In einer großen Residenz ein Chirurg, Geheimrat und Klinikdirektor, verheiratet, unangenehmer Mensch, unsicherer Diagnostiker und so. Sein Assistent Dr. Scholle, sehr sympathisch, wissenschaftlich und menschlich hochstehend, natürlich Du. Blick in das überfüllte Vorzimmer des Geheimrates. Die Mehrzahl der Patienten drängt sich nicht in des Geheimrats, sondern in Dein Sprechzimmer, weil Du, von allen anderen Vorzügen abgesehen, ein so besonders mitfühlender Arzt bist. Blicke in Deine und des Geheimrats Konsultationsstunde zeigen die verschiedene Wesensart der beiden Ärzte.

Dem mit Dir über den Flur der Klinik dahinwandelnden Geheimrat stellt sich ein junges Weib entgegen, hilfesuchend, denn sie ist guter Hoffnung und ohne Mittel. Der Geheimrat ist peinlich berührt, weist sie ab und entfernt sich. Charlotte entdeckt Dir, daß der Geheimrat der Vater des von ihr erwarteten Kindes ist. Edelmütig, wie Du bist, bringst Du sie gut unter und stellst den Geheimrat. Dieser zeigt sich abgeneigt, zückt einige Hundertmarkscheine als Abfindung, die Du zurückweist. In der Erregung verletzt sich der Geheimrat an der Hand und kann daher die eilige Operation an einer hochgestellten Person nicht vornehmen. Die Aufgabe wird Dir übertragen. Der Geheimrat medert grimmig, höhnisch und eifersüchtig. Selbstverständlich gelingt die Operation glänzend. Auch den Prinzen Franz hast Du, gegen das Votum des Geheimrates ohne Messer geheilt. Dafür wirst Du zum ordentlichen Professor und zum Direktor der Universitätsklinik ernannt. Die Dir angebotene Erhebung in den Adelsstand lehnt Du in stolzer Bescheidenheit ab.

Inzwischen hat Charlotte ein Kindlein geboren und bittet Dich um Arbeit. Du schlägst drei Fliegen mit Einer Klappe, indem Du Charlotte als Pflegschwester in der Säuglingsabteilung der Klinik anstellst, zugleich auch das Kind bei den Säuglingen unterbringst; so kann die Mutter Tag und Nacht für ihr Kind sorgen, ohne daß es als das ihrige bekannt wird. Die Haltung der Oberschwester Johanna, der Du die neue Pflegerin überantwortest, läßt schlimmes befürchten.